



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/49

27. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn macht öffentliche Meinung	S.1
Annäherungen auf dem Balkan	S.3
Reformansätze im Schulwesen	S.4

Staatsjournalisten im Anmarsch

R.T. Die Bundesregierung, genauer gesagt der Bundeskanzler, ist mit der deutschen Presse unzufrieden. Das ist häufig gesagt und geschrieben worden, allerdings ohne dass jemals eine ernsthafte und sachkundige Aussprache gesucht wurde, die mit denen zu führen sein würde, die Objekt der Unzufriedenheit sind. Das eine Mal stimmte es mit der parteipolitischen Zusammensetzung einer Redaktion nicht; das andere Mal passte ein Bonner Korrespondent nicht in einen vorgezimmerten Rahmen; zum dritten Male lag ein Bericht nicht so, wie ein Referentsich die Sache vorgestellt hatte - kurzum, man beanstandete, aber man suchte nicht den geraden Weg.

Der einzige Weg nämlich, der zum Ziele führt, ist der, zwischen den führenden Persönlichkeiten der Politik und den Journalisten ein Verhältnis des Vertrauens entstehen zu lassen und es zu fördern. Tee-nachmittage, Abendzusammenkünfte mit kalter Platte, Bierabende sind gut und nützlich, aber genügen nicht. Man muss endlich und endgültig aus der Gesinnung heraus, die meint, man könne und man müsse die Presse lenken. Sie wurde nicht erst in Hitlers Reich geboren, aber sie wurde von Hitler - wie so viele andere Ansätze eines ungesunden Nationalismus, die im Charakter unseres Volkes liegen - bis zur höchsten Entfaltung und letzten Brutalität entwickelt. Noch immer gibt es im neuen Deutschland Amtsstellen, die ihre Meinung von Ereignissen und Entwicklungen als allein gültig und als richtig ansehen und jede anders geartete Darstellung verurteilen - nicht selten "aus nationalen

Erwägungen".

An die Stelle des dringend notwendigen ständigen und vertrauensvollen Gespräches zwischen Regierenden und Journalisten ist Adenauers Regierung den Weg gegangen, der ihr offenbar durch ihre Grundtendenz vorgeschrieben wurde: Das Geld muss helfen. Es wurden Fonds gesammelt, die der Publizität dienen sollen. Man weiss, dass aus Anlass des 75. Geburtstages des Bundeskanzlers eine Millionenpende der Wirtschaft ausgesprochen zu diesem Zweck überreicht wurde. Man hat im Bundespresseamt "Dienste" aufgezogen, von denen aus beamtetem Munde als von "Staatsjournalismus" gesprochen worden ist. Die Dienste werden verteilt, "zur Information" der Presse, heisst es, zu ihrer Lenkung aber ist gemeint.

Jetzt geht die Bundesregierung einen Schritt weiter. Dr. Lenz, vom Bundeskanzler als sein besonderer Vertrauensmann in den engsten Arbeitskreis berufen, sucht namhafte Publizisten, die für die Regierung arbeiten sollen. Es fanden erste Besprechungen statt und Memoranden sind in Vorbereitung und schon im Umlauf, die erwägen, wie eine offizielle Publizität erreicht werden könnte. Zwei namhafte Berliner Journalisten werden in diesem Zusammenhang bereits öffentlich genannt als die Männer, denen man die Aufgabe zugefächelt habe, Sprecher, oder richtiger Schreiber der Bundesregierung zu werden. Staatsjournalisten sind im Anmarsch und der Kanzler verspricht sich etwas von solcher Methode. Das ist die neueste Blüte am Baum Adenauerscher Erkenntnis, ein Sprössling des Unvermögens, in Rede und Gegenrede Meinungen zu klären und Verantwortungen abzugrenzen. Man kann darin aber auch den Beginn einer staatlichen Lenkung der öffentlichen Meinung sehen.

Mitteilung an die Redaktionen:

In Presse und Rundfunk wird als der künftige Sitz der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung definitiv Koblenz angegeben. Wie wir erfahren, ist eine Entscheidung darüber noch keineswegs gefallen. Nach wie vor stehen auch Mainz und Frankfurt a.M. als Sitz der Bundesanstalt zur Diskussion. Koblenz ist also nichts weiter als einer der vorliegenden Vorschläge.

Die Türkei und der Atlantikpakt

-a. Ankara, im Februar 1951

"Eine türkische Militärmission wird an den bevorstehenden Pariser und Brüsseler Tagungen der Atlantikpakt-Mächte teilnehmen"; "General Eisenhower wird in diesem Frühjahr voraussichtlich auch die Türkei besuchen". Diese und ähnliche Meldungen, die man immer wieder lesen kann, zeigen ebenso wie die sich wiederholenden Besuche und Tagungen westlicher Diplomaten und Militärs, bald in Ankara, bald in Istanbul, welche Bedeutung der Türkei nicht nur im allgemeinen Spiel der Weltkräfte, sondern auch im aktuellen Faktensystem beigegeben wird, dessen Krönung der Atlantikpakt ist.

Tatsächlich kennt die türkische Außenpolitik seit langem kein höheres Ziel als die direkte oder, wenn es nicht anders geht, die indirekte Einbeziehung in dieses Staatenbündnis - auch wenn die Lage des Landes im östlichen Mittelmeer den Begriff "Atlantik" nur noch schwer rechtfertigt. Alles, was die Türkei seit zwei Jahren ausserpolitisch unternommen hat - nicht zuletzt die ungewöhnlich hohe und aktive Unterstützung der UN-Truppen in Korea -, zielt eindeutig auf den Anschluss an diesen imponierendsten und wirksamsten Pakt, der seit 1945 geschlossen worden ist.

Die von jeher geschickte türkische Diplomatie hat dabei ausserordentlich zielbewusst agiert. Es war ein meisterhafter Schachzug, als sie vor Jahresfrist einen Freundschaftsvertrag mit dem wiedererstandenen Italien schloss, durch den die Türkei über dieses Zwischenglied dem Atlantikpakt gleichsam beigeordnet und dazu der natürliche Führer für die inzwischen nicht mehr utopischen Bemühungen um einen "Ostmittelmeerpakt" wurde. Sein Zustandekommen hängt natürlich nicht nur vom Wunsch und guten Willen der Türkei ab, sondern auch von der Haltung der arabischen Staaten, für die aber die Türkei der ideale Mittler ist.

Sehr viel realer ist aber ein weiteres Zwischenglied der Kette, durch die sich die Türkei dem Westen verbunden hat und ihn sich zu verpflichten sucht: das trotz aller historischen Belastungen ausgezeichnete Verhältnis zu Griechenland, dessen Situation manche Parallele zu der türkischen bietet; die Beziehungen zwischen diesen beiden

die Aegaeis und einen guten Teil des östlichen Mittelmeeres beherrschenden Ländern sind ausgezeichnet und besser noch, als es die Gemeinsamkeiten aus der seit langen Jahren wirksamen Truman-Hilfe erwarten liessen.

Nachdem seit einiger Zeit, und durch die allerletzten Vorgänge im Mittleren Balkan noch vermehrt, die Annäherung zwischen Griechenland und Jugoslawien so günstig vorangeschritten ist, wie man es vor zwei Jahren nicht zu träumen gewagt hätte, scheint jetzt sogar ein Wiedererstehen der "entente balkanique", wenn auch mit ein wenig redigierten Partnern, nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeiten zu liegen; und auch dabei würde die Türkei keine geringe Rolle spielen. Ein solcher Vertrag würde sich ausgezeichnet in das von türkischer Seite bereits Erreichte und in Gewünschtes einfügen: Atlantikpakt, italienisch-türkischer Freundschaftsvertrag, Ostmittelmeerpakt, wozu dann unter Umständen noch eine neue "entente balkanique" treten würde.

Solche heute durchaus mögliche Kettenglieder würden nicht nur der Vermehrung der Sicherheit der Türkei und der anderen direkt beteiligten Länder dienen, sondern auch für die Westmächte ein beachtlicher Kräftestrang sein, der von Amerika bis zum Persischen Golf reichen würde. Dass er vom Westen her nicht für unmöglich gehalten wird, das lehren eindrucksvoll auch die grossen, kalten Schlachtschiffe, die man bei einem Flug von Bari über Athen nach Istanbul unter sich die Wellen furchen sieht.

+ + + + +

Bescheidene Reformansätze im Schulwesen

d.g. Die in der alten Reichsverfassung enthaltene Zuständigkeit des Reiches auf dem Gebiet des Schulwesens ist nicht in das Grundgesetz übernommen worden. Das Ergebnis wurde kürzlich durch die Feststellung besonders drastisch illustriert, die man in der provisorischen Bundeshauptstadt machte, wo Kinder aus allen Gebieten des föderalistisch gegliederten Bundes zusammenströmen: man zählte 85 verschiedene Lehrpläne in der Oberprima, nach denen die Kinder bisher unterrichtet werden waren.

Kürzlich machte die Ständige Konferenz der Kultusminister wieder einmal Zwischenbilanz in der Schulzersplitterung und suchte nach Ab-

hilfe. Es war die erste Konferenz, an der drei neue Kultusminister (Hessen, Bayern und Berlin) teilnahmen und bei der der bisher eigenwilligste Vertreter dieses Zweiges, Dr. Hundhammer, ausgeschieden war. Dennoch blieb Bayern seiner super-föderalistischen Tradition auch diesmal treu. Man war übereingekommen, das Schuljahr 1952 einheitlich im ganzen Bundesgebiet ab Ostern beginnen zu lassen - ausgenommen Bayern, das sich dieser Absprache noch nicht anschliessen zu können glaubte! Bedäutsamer als diese äusserliche organisatorische Angleichung ist der Versuch zum Ausgleich innerhalb der höheren Schulen. Die Kultusminister waren sich zwar darüber einig, dass die erste Fremdsprache im fünften, die zweite im siebenten Schuljahr beginnen solle, nicht aber darüber, welche die erste Fremdsprache sein soll. Die schliesslich gefundene Lösung ist nicht befriedigend und kann nur akzeptiert werden, wenn man in ihr den Ausgangspunkt einer langsam wachsenden bundeseinheitlichen Reform sieht. Die getroffene Regelung stellt wenigstens Übergangsmöglichkeiten beim Schulwechsel in ein anderes Land sicher.

Fragen der Vereinheitlichung der Lehrpläne oder gar der Lehrbücher wurden nicht erörtert. Die Kultusminister lehnten eine Festsetzung durch den Bund oder die Länder ab und meinten, dass sie so individuell wie möglich gestaltet werden sollten. Es sei auch weniger erwünscht, den Kindern möglichst viel Wissen zu vermitteln, als ihnen ein Mindestmass von Wissen so sorgfältig, anschaulich und dauerhaft zu geben, daß die Schüler zum selbständigen Denken angeregt werden und auf die gern gebrauchte Redewendung verzichten können: "Da habe ich gerade gefehlt..."

Die Erfüllung eines Wunsches der deutschen Elternschaft und auch der Kultusminister steht allerdings noch in weiter Ferne: die Schulgeld- und die Lernmittelfreiheit für alle Schulen. Hamburg ist als einziges Land diesem Ziele am nächsten gekommen und bemüht sich schrittweise, den Schulbesuch aus der Abhängigkeit der sozialen Lage der Eltern zu lösen. Aber auch die Wünsche, welche die Erzieherchaft in den letzten Wochen den Kultusministern übermittelt hatte, - darunter sogar der nach Verfassungsänderung und Berufung eines Bundeskultusministers - bleiben noch unerfüllt. Man darf dennoch hoffen, dass der bescheidene erste Ansatz zur Angleichung im Schulwesen einen Weg geebnet hat, der die unheilvolle Zersplitterung bald beseitigt, ohne dass die Sonderstellungen einzelner Gebietskörperschaften zum Nachteil der studierenden Jugend ein allzu plötzliches Ende finden.

+ + + + +